
FDP Brechen

BUND STIMMT BESEITIGUNG DES BAHNÜBERGANGS IN BRECHEN ZU

25.06.2013

Das Bundesverkehrsministerium hat der Beseitigung des Bahnübergangs Niederbrechen letzte Woche zugestimmt. Das erfuhr der FDP-Ortsvorsitzende Tobias Kress auf Nachfrage im Hessischen Verkehrsministerium.

Dabei wurde der von der Gemeindevertretung beschlossene Variante die Zustimmung erteilt. Jetzt liegt es am Land Hessen, die Planungen zügig weiter voran zu bringen. Der Bahnübergang in Niederbrechen möglichst schnell der Vergangenheit angehört. Die zuständige Straßenbauverwaltung Hessen Mobil kann nun je nach Kapazität und in der Verfügung stehenden Finanzmitteln die Planungen fortsetzen. Die FDP-Brecherer setzen sich beim Hessischen Verkehrsminister Florian Rentsch (FDP) dafür ein, dass die Beseitigung des Bahnübergangs schnellstmöglich erfolgen kann.

„Mit der Beseitigung des Bahnübergangs bietet sich außerdem die Chance, die Planungen für die Ortsumgehung fortzusetzen. Das Hessische Verkehrsministerium hat bereits die B8-Ortsumgehung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Hierfür werden wir weiter beim Bund dafür zu werben, dass die Ortsumgehung in den vordringlichen Bundesverkehrswegeplan kommt“, erklärt Tobias Kress. Lindenholzhausen und Bad Camberg seien da schon schon mit den Planungen. Niederbrechen ist die letzte Ortsdurchfahrt an der B8, die noch nicht so weit ist, obwohl hier der gleiche Verkehr rollt, wie am Rest der B8. Das sind gute Argumente, dass Niederbrechen im neuen Bundesverkehrswegeplan gleich behandelt werden muss. Insofern ist die Gründung der neuen Bürgerinitiative ein wichtiger Schritt, wenn Niederbrechen in den nächsten 20 Jahren eine Ortsumgehung und damit eine Entlastung der Anwohner bekommen soll.

Für die FDP in Brechen ist in diesem Zusammenhang allerdings besonders wichtig, dass neben der Entlastung der Anwohner auch negative Einflüsse auf die lokalen



Gewerbetreibenden und die Belebung des Ortskerns ausreichend Berücksichtigung findet. Es bietet sich unter anderem die Möglichkeit, bei den Planungen für das neue Gewerbegebiet auch die Umgehungsstraße mit zu bedenken. Gewerbe, das vom Durchgangsverkehr lebt, sollte die Möglichkeit haben, sich an oder in der Nähe einer neuen Ortsumgehung anzusiedeln. Nur wenn Gewerbe, Politik und Bürgerinitiativen an einem Strang ziehen, können wir das Beste für Brechen herausholen.